

**"Gemeinsamer Ethik-Unterricht für alle?"  
Position der KED zur Auseinandersetzung um das  
Volksbegehren "Pro Reli" in Berlin**



Leistungsdruck, vielfältige Lebensformen, soziale Benachteiligung, Vernachlässigung und Unsicherheiten der Eltern verpflichten Schulen dazu, sich mehr denn je um die Werteerziehung und Persönlichkeitsentfaltung aller Schülerinnen und Schüler zu kümmern. Sie werden dadurch befähigt, sich später an der Bewältigung von Problemen in Familie, Gesellschaft und Politik zu beteiligen.

Konfessioneller Religionsunterricht ist ein unerlässlicher Beitrag zur Werteerziehung und zur Entfaltung der religiösen Dimension im Menschen und damit zur Identitätsfindung. Ohne authentisches Sprechen und Vorleben und ohne erfahrungsbezogene Formen der Einübung ist dies nicht möglich.

In der multikulturellen Gesellschaft müssen Schülerinnen und Schüler auch lernen, fremden Erfahrungswelten, Kulturen, Religionen und Weltanschauungen mit Respekt, Empathie und Kooperationsfähigkeit zu begegnen. Hierzu ist es wichtig, nicht übereinander, sondern miteinander zu reden. Die Einführung von Ethik als Pflichtfach ist daher ein richtiger Schritt.

Allerdings kann man nur mit einer fundierten religiösen bzw. weltanschaulichen Haltung in den Dialog mit anderen gehen. Religionsunterricht und Ethikunterricht sind daher gleich wichtig.

Mit der Einführung eines Pflichtfaches Ethik ab Klasse 7 und der Möglichkeit des freiwilligen zusätzlichen Religionsunterrichts wird dieser jedoch enorm geschwächt. Denn angesichts voller Stundenpläne wird er dann zu unattraktiven Zeiten stattfinden. Auch wegen des bereits hinzugekommenen Ethikunterrichts und damit verbundenen inhaltlichen Überschneidungen hat der Religionsunterricht keine faire Chance, gewählt zu werden. Ausgerechnet in der Jugend, einer Zeit der Selbstfindung, darf dies nicht geschehen.

Religion als ordentliches Lehrfach ist grundgesetzlich garantiert. Aus formalen Gründen ist Berlin davon ausgeschlossen. Hier ist Religion seit jeher freiwilliges Lehrfach. Mit der neuen Regelung gerät es noch mehr ins Abseits. Stattdessen sollte Berlin jetzt die nächsten notwendigen Schritte tun: Wahl zwischen Ethik- oder Religionsunterricht als alternative Pflichtfächer und Gewährleistung eines intensiven persönlichen Austauschs zwischen den Unterrichtsgruppen.

Bonn, den 16.02.2009

Marie-Theres Kastner, MdL, Bundesvorsitzende der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED)